

nen Abgeordneten brachten dabei ihre Wünsche vor, die sich natürlich allesamt auf Verbesserung des lokalen Verkehrs bezogen. Die Vorlage wurde an die Kommission verwiesen.

Die beiden freisinnigen Fraktionen des preussischen Abgeordnetenhauses haben folgende Interpellation eingebracht: Sind der Königl. Staatsregierung die Gründe der von dem Polizeipräsidenten von Berlin angeordneten Ausweisungen russischer Staatsangehöriger bekannt? Wägt die Königl. Staatsregierung die angeordneten Maßnahmen und was gedenkt sie zu tun, um einer mit Härten und Unbilligkeiten verbundenen willkürlichen Handhabung der Ausweisungsbefugnis entgegen zu treten?

Mit der Frage der Feuerbestattung hat sich das Staatsministerium in Weimar befaßt und in voller Uebereinstimmung mit dem Kirchenrat beschlossen: „Die Teilnahme der evangelischen Geistlichen an solchen Leichenbegängnissen ist nicht prinzipiell zu verweigern, aber nur unter gewissen Voraussetzungen zu gestatten. Ausgeschlossen bleibt die Anwesenheit und Mitwirkung der Geistlichen bei der Beisetzung oder Aufstellung der Leichenreste. Dagegen ist eine Einsegnung der Leiche nicht nur in der Wohnung des Verstorbenen, sondern auch in der Friedhofskapelle zu gestatten, vorausgesetzt, daß diese außer Verbindung mit dem Krematorium steht, der Sorg in sonst üblicher Weise in der Kapelle aufgestellt wird, und der Geistliche am Altar stehend die Gedächtnisrede hält, beziehungsweise Gebete verrichtet. Nach völliger Abklärung dieser Feiertätigkeiten würde der Geistliche sich entfernen und die Trauerfeier auslösen; die Träger aber würden den Sarg auf demselben Wege, auf welchem sie denselben heringetragen haben, auch wieder hinausfordern und an seinen Bestimmungsort bringen. Die Anfügung des Krematoriums an die Kapelle, insbesondere die Durchbrechung der Apsis und die Verwendbarkeit derselben zur Aufstellung des Sarkophags mit einer Einrichtung zur mechanischen Beförderung der Leiche in das Krematorium nehmen der Kapelle den Charakter eines gottesdienstlichen Gebäudes, lassen für den Geistlichen keinen passenden Standort übrig, und bringen ihn in eine unangenehme Beziehung zu dem darauffolgenden Verbrennungsprozeß.“

Ein Charlottenburger Schulkonflikt macht viel Aufsehen. Einige Stellen in der Schuldeputation waren frei geworden, weil Mitglieder derselben ihr Amt niedergelegt, nachdem die Behörde der Schuldeputation im wesentlichen nur noch das Geldbewilligungsrecht gelassen hatte. Die Stadtverordnetenversammlung wählte als Mitglied der Schuldeputation Dr. Penzig, ein außerordentlich tätiges Mitglied der Gesellschaft für ethnische Kultur. Nun kommt von der Potsdamer Regierung der kurze Bescheid, daß die Bestätigung des Dr. Penzig versagt ist. Gründe werden nicht angegeben. Wir können es verstehen, wenn man im Kultusministerium einen solchen Mann nicht bestätigt. Penzig ist in Berlin ganz offen als Atheist aufgetreten; er hat die Konfessionsschule als unvernünftig bezeichnet. Da kann man doch nicht den Kopf zum Gärtner machen und ihn an die Spitze solcher Schulen stellen.

Der Sieg des Sozialdemokraten in Darmstadt kam doch etwas überraschend; man glaubte, daß die Freisinnigen der Partei ihrer Führer nicht folgen würden. Nun aber schreibt der „Vorwärts“ schon folgenden Dank: „Bei der Wahl am 25. April erhielt unser Genosse 13 855 Stimmen, der Nationalliberale 10 320 Stimmen und der Freisinnige 5828 Stimmen. Wir können wohl annehmen, daß unser Zuwachs sich aus den Reihen, die uns noch zur Verfügung standen, rekrutiert. Die übergroße Anzahl der „Freisinnigen“ hat ihre Stimme dem Kandidaten der Nationalliberalen gegeben. Gegen die Wahl im Jahre 1903 haben wir einen Zuwachs von 2512 Stimmen zu verzeichnen; ein Resultat, das uns mit stolzer Freude erfüllen kann!“ Die liberale Presse in Berlin hat vor Aerger und Verdruß vorerst die Sprache verloren. Natürlich paßt dieses Wahlergebnis sehr schlecht zur „Einigung aller Liberalen.“ Aber so muß es kommen. Wählen in Baden die Liberalen den Sozialdemokraten, so kann man es den heftigen Freisinnigen nicht als Staatsverbrechen ansehen, wenn sie denselben Weg gehen und einen Genossen den Nationalliberalen vorziehen.

Die abgehauene Hand. Bei den höchst bedauerlichen Breslauer Terzavallen spielte die abgehauene Hand eines Bierführers eine sehr große Rolle. Allerlei Meldungen gehen hierüber durch die Presse; nach rechtsstehenden Blättern handelt es sich nur um einen unglücklichen Zufall, da der Bierführer Bierwald einen herittenen Schuttmann in die Fügel gefallen sei, wobei dieser ihm die Hand abschlug. Ganz anders stellt die sozialdemokratische Presse die Sache dar. Nunmehr veröffentlicht der Vertreter des verletzten Bierwald, Justizrat Dr. Ramroth-Breslau, eine längere Erklärung, die eine neue Lesart bringt: „Bierwald stand an der Tür seiner Wohnung, als Polizisten sich naheten. Infolgedessen zog er, wie sämtliche übrigen an der Haustür befindlichen Personen, sich in das Innere des Hauses zurück, und einer der Hausbewohner zog die Haustür vor ihm zu. Unmittelbar darauf wurde sie jedoch durch einige Schuttmann von außen aufgetoßen, und die Schuttmann stürmten mit gezogenen Säbeln in das Haus hinein. Die meisten der in dem Hausflur befindlichen Personen stürzten erschreckt nach hinten, dem Hofraum zu. Bierwald und Hartmann liefen nach der anderen Seite des Hausflurs. Bevor Bierwald jedoch die Treppe erreicht hatte, erhielt er von einem der Schuttmann von hinten einen Säbelhieb über die Schulter und unmittelbar darauf einen zweiten über den Hinterkopf, so daß ihm das Blut herunterlief. Er hob bittend die Hände und rief dem Schuttmann zu, er solle doch von ihm ablassen, er sei ja ganz unbeteiligt, er sei Arbeiter bei Wende und wolle nur in seine Wohnung hinauf. Der Schuttmann machte trotzdem Miene, weiter auf ihn einzuschlagen. Bierwald wollte deshalb die Treppe hinauf flüchten. Ramroth hatte er aber die ersten Stufen erstiegen, so erhielt er von dem Schuttmann von rückwärts einen Säbelhieb, der die linke Hand, mit welcher er das Treppengeländer erfaßt hatte, glatt von dem Arm abschlug. Der entsetzt um Hilfe rufende Bierwald wurde von der Wäldersfrau Bachmann, die den Hilferuf gehört hatte, in deren Bündel hineingenommen, wo ihm der erste notwendige Verband angelegt wurde. Der Schuttmann war, als Frau Bachmann

hingekam, bereits verschwunden und ist bisher nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln gewesen. Die alsbald herbeigerufene Feuerwehr legte dann dem Verwundeten einen ordentlichen Verband an, schaffte ihn nach dem Allerheiligenhospital und nahm auch die noch im Hausflur liegende abgeschlagene Hand mit.“ Eine amtliche Aufklärung erfolgte immer noch nicht und doch ist sie dringend geboten. Daß die Polizei oft mit unnötiger Schärfe vorgeht, haben wir auch in Berlin gesehen, wo im Tiergarten die Schuttmann am 1. Mai unter ruhig dahingehende Arbeiter einfach hineintraten und sie vom Bürgersteig verdrängten.

Der Rückgang der Zuckerpresse hat im ganzen Monat April angehalten. In Magdeburg beträgt die Abschöpfung 40 bis 45 Pfennig pro Doppelzentner für die vorderen und 15 bis 20 Pfennig für die späteren Schichten, in Hamburg 25 bis 30 Pfennig bezw. 5 bis 20 Pfennig. Diese Ermattung der Tendenz wurde dadurch hervorgerufen, daß in den letzten Tagen des April Lösungen umfangreicher Maiengagements vorgenommen wurden. Wahrscheinlich hierfür waren verschiedene Gründe. In diesen zählt unter anderem die Unsicherheit, die zur Zeit dadurch im Zuckermarkt hervorgerufen worden ist, daß bis zur Stunde eine Erklärung der Reichsregierung darüber fehlt, ob sie in die von der Budgetkommission angenommenen Ermäßigung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark einwilligen wird. Gegen die Annahme der Beschlüsse der Kommission spricht die gegenwärtige Finanzlage des Reiches. Sie wird die Regierung schwerlich dazu ermutigen, die sicheren Einnahmen der 14 Mark-Steuer gegen die noch unsicheren Einnahmen einzutauschen, die aus der Besteuerung des gesteigerten Konsums des durch die verminderte Steuer verbilligten Zuckers zu erwarten ist. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die Regierung dem Drängen der interessierten Kreise vielleicht doch noch nachgibt. Aus diesen Erwägungen heraus bewachten sich die Raffinerien und der Zuckerhandel größere Zurückhaltung, und die angebotenen Posten fanden im Gegensatz zu früher nur ungenügende Aufnahme. Es besteht eben, so lange die Lage nicht geklärt ist, nirgends Neigung, die derzeitigen Preise jetzt schon zur Ansammlung größerer Vorräte zu benutzen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kaiser hat an die beiden bisherigen Minister Baron Gautsch und Grafen Noyan-Abt die huldvolle Handschreiben gerichtet, in denen er ausdrücklich der Wahlreform als einer „großen Reform“ gedachte und dadurch befandete, daß die Verwirklichung der Wahlreform von der Krone gewollt werde. Der neue Ministerpräsident Prinz Sohenlohe will zunächst eine Verständigung mit den in Betracht kommenden Parteien über die Wahlreform anbahnen. Für die christlich-sozialen Partei werden Montag Dr. Lueger, Prinz Liechtenstein und Dr. Gschmann beim Ministerpräsidenten erscheinen. Die Frage der Parlamentarisierung des Kabinetts kommt naturgemäß erst in zweiter Linie an die Reihe und die gegenwärtigen „Mutmaßungen“ gewisser Blätter sind haltlose Vorherausagen. Während in Oesterreich ein neuer Mann die Zügel der Regierung in die Hand nahm, hat in Ungarn ein Szenenwechsel stattgefunden, indem die Neuwahlen einen großen Sieg der Kosakpartei herbeiführten. Sie wird im künftigen ungarischen Reichstage die absolute Mehrheit haben, die Verwirklichung ihrer Unabhängigkeitsideen vorzubereiten. Um so notwendiger hat Oesterreich ein arbeitsfähiges, starkes und zielbewusstes Volksparlament. Aus dem von früher her berichtigten Reutner Komitee kommen folgende charakteristische Nachrichten: Dem slovakischen Kandidaten Dr. Markovic in Brno wurden, abgesehen von anderen Gewaltthatigkeiten, einfach 320 Wähler abgewiesen; trotzdem hatte er vor der Schlusstunde eine Mehrheit von 187 Stimmen. Da überließen Juden seinen Vertrauensmann Dr. Rudolf Markovic, löschten die Lampen aus, stürzten die Tische um und zerrissen die Protokolle. In Senic begann die Wahl am 2. Mai um 9 Uhr vormittags und wurde am 3. Mai gegen 3 Uhr morgens beendet. Es wurde der magyarische Kandidat Emödy gegen den Slowaken Dr. Beseleovsky „gewählt“. Gegen 450 für Beseleovsky abgegebene Stimmen wurden zurückgewiesen. Bei seinen Taufnamen slovakisch abgab, dessen Stimme wurde nicht angenommen. Ebenso wurde bei demjenigen verfahren, die ihren Familiennamen nicht allgöcklich hergaben, oder die ihre Hausnummer nicht angeben konnten. Zurückgewiesen wurde ein jeder, der erklärte, daß er für Franz Beseleovsky stimme, denn der Kandidat heiße Beseleovsky „Herenz“, die für Emödy abgegebenen Stimmen wurden insgesamt angenommen, mochten die slovakischen Wähler seinen Namen wie immer verdröhrt haben. Der unterlegene Beseleovsky hatte in Wirklichkeit eine Mehrheit von 256 bis 300 Stimmen. Auf drei an den Minister Grafen Andrássy abgegebene Telegramme kam nicht einmal eine Antwort.

Schweiz.

Bei der am 6. d. M. erfolgten ersten Wahl der bernischen Regierung durch das Volk wurden die bisherigen neun Mitglieder, 7 Radikale und 2 Konservative, wiedergewählt. Die gleichzeitige gekante Erneuerung des Großen Rates ergab die Bestätigung einer starken radikalischen Mehrheit.

Frankreich.

Die Kammerwahlen gingen gestern unter großer Beteiligung der Wähler vor sich. So weit sich die Ergebnisse bis jetzt übersehen lassen, hat der „Bloc“, dessen Kandidaten von der Regierung mit Hochdruck überall unterstützt wurden, trotz der Gegenarbeit der gemäßigten Parteien einen Vorsprung von 21 Stimmen erhalten. Nach den veröffentlichten Berichten des Ministeriums des Innern sind 503 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt sind 376 Deputierte, die aus folgenden Gruppen sich zusammensetzen: Konservative 65, Nationalisten 26, Progressisten 50, linksstehende Republikaner 56, Radikale 73, Radikal-Sozialisten 67, vereinigte Sozialisten 30, unabhängige Sozialisten 9. Der Gewinn der Mehrheit beträgt bisher 32, der Verlust 9. Es haben 127 Stichwahlen stattgefunden. Unter den in Paris Gewählten befinden sich Admiral Bienaimé (liberal), George Berry (liberal), Berger (liberal), Denis Cochin (konservativ), Kerolle (konservativ), Millerand (Soz.), Sembat (Soz.), Lodozy (radikal). Der frühere Präsident des Gemeinderates, Dauffet (Nationalist) ist unterlegen. In Paris sind ferner gewählt Boffes (Nationalist), Millerand

(Nationalist), Rouanel (Soz.), Brouffe (Soz.), Poissant (Soz.), Desplas (Soz.-Radik.). In Lyon ist der Nationalist Marcelles Habert unterlegen. In Lyon steht der frühere Marineminister de Lanessan zur Stichwahl. In St. Etienne ist der Unterrichtsminister Briand wiedergewählt. In Nîmes sind die Sozialisten Basy und Samandin wiedergewählt. In Velfort ist der General Jurlinden von dem Radikalen Schneider geschlagen worden. In Paris herrschte abends reges Leben. Zahlreiche Gruppen hielten sich vor den Redaktionen der Blätter und auf den großen Boulevards auf. Die Polizei veranlaßte dieselben, sowie die Leute, die vor dem Hotel de Ville Kundgebungen versuchten, zum Auseinandergehen. Es wurden ferner gewählt der frühere Minister Bouchet, der Sozialminister Lequoy, Lafies, Delcassé, Barthou. In Stichwahl kommt Déroulède. Jaurès ist unterlegen. In Lyon wurde der bisherige Kammerpräsident Doumer, in Marseille Brison gewählt. In Paris kommen Ober Marchand und Guizet die Billenente in Stichwahl. Gewählt sind Deschanel und Pelletan. Grosjean ist unterlegen. In Lyon ist gewählt du Pressensé (Soz.), in Nîmes der frühere Sozialminister Clémentel, in Rimes der Handelsminister Dumergue; le Geriffé (radikal) ist in Rennes unterlegen.

Deutsche Spenden für die Opfer von Courrières. Im Ministerrat teilte der Minister des Reiches, Bourgeois, mit, daß der deutsche Botschafter Fürst Radolin ihm 246 000 Frank für die Opfer von Courrières habe überweisen lassen. Er habe darauf den Fürsten gebeten, den großzügigen Gebern den Ausdruck der Dankbarkeit der französischen Regierung und der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung zu übermitteln.

Sokoloff erklärte bei seiner Vernehmung, daß er ein früherer Schüler der Bergakademie in Warschau sei, sich an der revolutionären Bewegung in Warschau beteiligt habe und dann nach Paris geflüchtet sei. Hier habe er Strika kennen gelernt, aber nicht gewußt, daß dieser an dem Tage, als die Explosion erfolgte, Bomben bei sich trug. Sokoloff erklärte ferner, daß er nicht Anarchist sei. Wie die Untersuchung ergeben hat, waren die in den letzten Tagen vorbereiteten Aktenstücke gegen hochgestellte Persönlichkeiten, die ihren Wohnsitz in Frankreich haben, gerichtet.

Spanien.

Die Hochzeit des Königs Alfons wird am 31. Mai eine ungewöhnlich große Anzahl vornehmer Gäste in Madrid versammeln. Die Zahl der Mitglieder königlicher Häuser wird so groß sein, daß die spanische Regierung sich in Anbetracht der hohen Gäste befindet. Die Prinzen und Prinzessinnen der spanischen und der englischen Häuser werden in dem königlichen Palaste wohnen, während die übrigen Gäste Unterkommen in Palästen finden, die von den Granden zur Verfügung gestellt wurden, und die man augenblicklich in aller Eile in Stand setzt. Aus England werden der Prinz und die Prinzessin von Wales erscheinen. Prinz Albrecht von Preußen vertritt, wie bekannt, Deutschland, Rußland entsendet den Großfürsten Michael. Oesterreich wird durch den Erzherzog Franz Ferdinand vertreten und Italien durch den Herzog von Genua, den Vetter des Königs von Italien. Portugal schickt den Kronprinzen Ludwig und Belgien den Prinzen Albert von Flandern, den Neffen des Königs. Aus Schweden erscheint der Kronprinz Gustav und aus Griechenland der Kronprinz Konstantin mit seiner Gemahlin. Frankreich wird durch General Dubois und Amerika durch Leutnant Grant, den Adjutanten des Präsidenten, vertreten. China hat den chinesischen Botschafter in London, den Befehl erteilt, der Hochzeit beizuwohnen. Selbst Marokko entsendet drei hohe Würdenträger, und aus Argentinien wird eine besondere Gesandtschaft erwartet.

Niederlande.

Königin Wilhelmine soll einem freudigen Ereignis innerhalb sechs Monaten entgegensehen. Mit offizieller Bekanntheit dürfte jedoch nach früheren entzückenden Erfahrungen noch längere Zeit gewartet werden.

Rußland.

Die Feier der Eröffnung des Reichsrates und der Duma findet am 10. Mai nachmittags 1 Uhr im Georgsthroneaal des Winterpalais statt. Zu der Feier sind die Mitglieder des Reichsrates, die Duma-Abgeordneten, die Minister, die hohen Würdenträger und Hofchargen und die Generalität befohlen. Außerdem sind die Chefs der ausländischen diplomatischen Missionen geladen.

Der in Petersburg tagende Kongreß der konstitutionell-demokratischen Partei nahm einstimmig nachfolgenden Beschluß an, betreffend die Tätigkeit der Partei in der Reichsduma. Die Tätigkeit der Partei zielt darauf hin, die Lösung der folgenden grundlegenden Aufgaben, die zu dem Programm der Partei gehören, auf geschicktem Wege herbeizuführen, nämlich die individuelle Unterlegenheit der Nationalität, der Religion, des Geschlechtes und des Standes, die bürgerlichen Freiheiten, die Einführung des Wahlrechtes mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in geheimer Abstimmung ohne Unterschied des Geschlechtes ebenso für die nationale Vertretung wie für die lokale Selbstverwaltung, gesetzgeberische Regelung der Agrarfrage, die unverzügliche Inangriffnahme von Maßnahmen, betreffend die Arbeiterfrage, Befriedigung der rechtmäßigen nationalen Forderungen. Die Partei will sich bemühen, diese Ziele zu erreichen, ohne in ihrem Bestreben vor der Möglichkeit eines offenen Bruches mit der Regierung innezuhalten, aber sie will derart handeln, daß im Falle eines Konfliktes jede Schuld und jede Verantwortlichkeit auf die Regierung zurückfällt.

Wie die Petersburger Telegraphenagentur mitteilt, wird gegen Maxim Gorki ein neuer Prozeß eingeleitet werden, unter der Beschuldigung, daß er im Auslande die revolutionäre Bewegung gegen Rußland geschürt habe.

Gegen den Generalgouverneur von Moskau Dubassow wurde am 1. d. M., als er nachmittags 1 Uhr aus der Uskreni-Kathedrale zurückkehrte, vor der Ankunft zu seinem Palais ein Bombenattentat verübt. Dubassow, der in offener Equipage fuhr, wurde am Fuße verwundet. Sein Adjutant und eine Schildwache wurden getötet. Einige Personen aus dem Publikum wurden verwundet. Der Attentäter, der auch umgekommen sein soll, trug Offiziersuniform.

— Haupt
dah er am 13.
einen Streifz
märche südli
schiedenen Ju
200 Tote; die
21. März wur
angegriffen;
feste Stellung
hatte, gestür
Zahlreiche G
getrieben und
sich zu unter
mit einem T
wichtig gestell
Wangenheim
borenen sich n
den wiederhol
Uebergang üb
nahm wegen I
mann von Ed
Divaaleuf v
ständischen ge
reiche Gesells
einen Verlust
krieger; drei
vieh und 110
wollte Major
lung Reu-Lar
Lpangwa und
kriegen des

Tagess
von Ruffswan
Welle auf Mar
Einen wechle
— 1889. Wilm
Schicks. — 1
und Komponist
den Dänen au
Dahleberg, Ed
Breschen, Regen
über die Engländer
zwischen Franke

— Bett
Logischen J
Witterung: heit
Temperatur: f
druck: mittel.
— Die S
korps, welche
mitgemacht he
Gedenkt a
In Sachsen i
Schlacht bei A

— Drit
Dresden 19
nahm vergan
stellung, un
wie weit das
Bild des Ber
als 600 Kschel
schäftigt. Der
sein, daß es
stellung bis
festig sein w
Eröffnung mit
Dresden zur
künstlerischem
Ausstellung u
stimmten Tag
hat sein Ersche
fang dieses M
Kunstgewerbe
grabenbetrie
Postanstalt in
wird sich mit
gewöhnlichen
von Postanwe
Dienststunden
die Zeit von
festgesetzt.

(:) Der J
Ende Juli od
versammlung
— U n g
nachmittags
des Rastensbo
niederstrake R
Straßenbahn i
das Geleise ge
lehrt er, wahn
wirkt, zurück
geworfen, und
des Brucktorbe
eintrat. Der
von wo die
kalt. Friedhofe
dauerndwert
einigen Liebli

— Ob f
Sonn- und
des Innern i
schem Obf, Tr
der Sonn- un
würde einem,
gen und Ausf
werden. Das
regung beacht
schaften anhe
Freigabe des
mung, sowie be
Obst gemäß 8
mittagsstunden

— U n g
nachmittags
des Rastensbo
niederstrake R
Straßenbahn i
das Geleise ge
lehrt er, wahn
wirkt, zurück
geworfen, und
des Brucktorbe
eintrat. Der
von wo die
kalt. Friedhofe
dauerndwert
einigen Liebli

— Ob f
Sonn- und
des Innern i
schem Obf, Tr
der Sonn- un
würde einem,
gen und Ausf
werden. Das
regung beacht
schaften anhe
Freigabe des
mung, sowie be
Obst gemäß 8
mittagsstunden

— Ob f
Sonn- und
des Innern i
schem Obf, Tr
der Sonn- un
würde einem,
gen und Ausf
werden. Das
regung beacht
schaften anhe
Freigabe des
mung, sowie be
Obst gemäß 8
mittagsstunden

— Ob f
Sonn- und
des Innern i
schem Obf, Tr
der Sonn- un
würde einem,
gen und Ausf
werden. Das
regung beacht
schaften anhe
Freigabe des
mung, sowie be
Obst gemäß 8
mittagsstunden